



Betreff:
Kosten Taktverdichtung Schienenverkehr

öffentlich

bezüglich
DS Nr.: 15/SVV/0315

Einreicher: FB Stadtplanung und Stadterneuerung	Erstellungsdatum	17.01.2017
	Eingang 922:	17.01.2017

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium
25.01.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Inhalt der Mitteilung:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Durch den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) wurde im Auftrag des MIL das ÖPNV-Verkehrskonzept 2020/2030 (sog. „Korridoruntersuchung“) auf den Weg gebracht, das gleichzeitig die Grundlage für den neuen Landesnahverkehrsplan 2018-2022 bilden soll. Die dafür erforderlichen Verkehrsdaten (z.B. Einwohner- und Pendlerzahlen) wurden ermittelt und zusammengetragen.

Diese Untersuchung basiert auf den neuen Einwohnerprognosen des Landes Brandenburg für die Zeithorizonte 2020 und 2030. Anhand dieser Prognosen wurden die zu erwartenden Verkehrsnachfragen abgeleitet (Prognose-„Nullfall“) und entsprechende Handlungsoptionen (Prognose-„Mitfälle“) für die einzelnen Korridore betrachtet (u.a. für die Korridore Magdeburg - Potsdam – Berlin – Frankfurt/O. und sogenannte „Stammbahn“). Sie sind die Grundlage für die Verkehrsangebote auf der Schiene.

Die ersten Analyseergebnisse wurden durch das MIL Ende November 2016 den Gebietskörperschaften vorgestellt.

Aufgrund der bis zum Jahr 2030 prognostizierten Nachfragesteigerungen auf dem RE1-Korridor (um rund 23% auf dem westlichen und ca. 60% auf dem östlichen Abschnitt des RE1) ist zur Kapazitätserhöhung eine Prüfung des Aufwandes für zusätzliche oder längere Züge erforderlich.

Gleichzeitig wurde für den Stammbahn-Korridor insbesondere für S-Bahn-Varianten größere Nachfragewirkungen prognostiziert (plus ca. 7.600 Fahrten/Tag, mit Regionalbahn dagegen nur ca. 3.700 Fahrten/Tag). Es wurde eine vertiefende Gesamtuntersuchung für den Südwestraum empfohlen.

Die Korridoruntersuchung wird im Jahr 2017 mit den nun zu erfolgenden konkreten Prüfungen und Prioritätensetzungen fortgeführt. Aus den Untersuchungsergebnissen werden schließlich Handlungsoptionen hergeleitet, die mit den Verantwortlichen erörtert werden. Hierzu müssen u.a. auch weitere Gespräche mit dem Senat von Berlin und der Deutschen Bahn AG geführt werden.

